

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

21.11.1919 (No. 273)

Expedition:
Karlstr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Postgebühren 5 A 90 P. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespartene Zeile oder deren Raum 35 P. zuzüglich 30 % Leerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder telegraphische Abstellung von Anzeigen wird kein Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil

Die Kurzarbeiterunterstützung.

In letzter Zeit ist wiederholt aus Arbeitgebern, wie auch aus Arbeitnehmerkreisen der Wunsch laut geworden, daß die Kurzarbeiterunterstützung von der Erwerbslosenfürsorge getrennt werden möchte. Das Arbeitsministerium hat nun seinerseits dem Reichsarbeitsminister Vorschläge unterbreitet, wie diesem Wunsche in zweckmäßiger Weise Rechnung getragen werden könnte. Bei der in den nächsten Tagen im Reichsarbeitsministerium stattfindenden Konferenz, in der die Frage beraten werden soll, in welcher Weise die produktive Erwerbslosenfürsorge gefördert werden kann, wird auch die Frage der Kurzarbeiterunterstützung behandelt werden. Das Arbeitsministerium wird dazu einen Vertreter entsenden, der die Aufgabe hat, die Wünsche Badens zum Ausdruck zu bringen.

Badisches Landesmuseum.

Im Interesse der Vereinfachung und des Ausbaues des Sammlungswesens auf breiter Grundlage sind die Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde und das Kunstgewerbemuseum in Karlsruhe unter einheitliche Leitung gestellt worden; beide Sammlungen werden auch räumlich im Schloße vereinigt. Die Angliederung weiterer, zerstreut aufbewahrter wertvoller Sammlungsgegenstände an diese Sammlungen ist in Aussicht genommen. Die vereinigten Sammlungen führen künftig die Bezeichnung „Badisches Landesmuseum“; die Bezeichnungen „Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde“ und „Kunstgewerbemuseum“ kommen damit in Wegfall.

* Neue Beweise.

Ein Teil der Zeitungsleser ist angesichts der Flut furchtbarer und sich überlagernder Ereignisse, angesichts dieser Unmasse von Aufklärungen und Enthüllungen, die beinahe täglich dargeboten werden, kaum mehr in der Lage, sich in dem Wust zurechtzufinden. Um so mehr halten wir es für eine Pflicht der Presse, hier einzuspringen, den Kern der Sache herauszuschälen, Entscheidendes in die richtige Beleuchtung zu rücken und so dem Leser ein Führer zu sein durch dieses Meer von Mitteilungen und Nachrichten, Erinnerungsschriften und Verteidigungsreden.

Dabei sollte es eigentlich das Bestreben der Presse sein, sich von jeder parteipolitischen Ausschaltung der Dinge fern zu halten: dies um so mehr, als die führenden Parteiblätter, der reaktionären Parteien schon dafür sorgen, daß das Ergebnis von Verhandlungen und Mitteilungen, die der Wahrheit dienen, in entstellter und gefälschter Form ihren Lesern vorgelegt werden. Die alldeutsche Presse macht sich die Sache ganz leicht; sie ignoriert neue Enthüllungen und neue Beweise, klammert sich an Beteuerungen von höchst zweifelhaftem Wert, schenkt diesen Beteuerungen mit einer wenig beneidenswerten Naivität Glauben und läßt die Praktiken der Mohrenwäsche mit einer solchen Emsigkeit und mit einem solchen Geschick, daß ihre schon an und für sich ziemlich farbenblinden Leser den Mohren, den sie am liebsten weiß sehen möchten, dann auch wirklich hübsch weiß gewaschen vor sich zu erblicken meinen. Demgegenüber hat der Teil der deutschen Presse, dem es um die rückhaltlose Feststellung der Wahrheit zu tun ist, die gebieterische Pflicht, auf die Tatsachen hinzuweisen und die Wucht dieser Tatsachen sprechen zu lassen.

Da erscheint es uns zunächst notwendig, auf die Bedeutung eines jetzt erst bekannt gewordenen Briefes näher einzugehen, den der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg im Frühjahr 1917 an den Prinzen Max von Baden geschrieben hat. Bethmann Hollweg spricht sich in diesem Briefe sehr offen aus: Beim Nichtgelingen des U-Bootkrieges sei eine völlige Niederlage unumgänglich. Sindenburg schätzte aber die Kriegshilfe Amerikas für die Entente gering ein. Wenn er (Bethmann Hollweg) am 9. Januar, also an dem Tage, an dem die Entscheidung über den U-Bootkrieg fiel, widersprochen hätte, wäre der U-Bootkrieg doch gekommen. Sindenburg habe schon da-

mals einen Kanzlerwechsel betrieben; ein solcher wäre für ihn (Bethmann Hollweg) ein Ausweg gewesen. Unter der Anwendung der äußersten Mittel habe die Oberste Heeresleitung ihren Willen stets durchgesetzt, und ihre Energie sei derartig gewesen, daß kein Zweifel darüber gehehrt habe, daß auch sein (Bethmann Hollwegs) Rücktritt politisch sinnlos gewesen wäre. Diese letzte Wendung soll natürlich heißen, daß nach der Meinung Bethmann Hollwegs die Oberste Heeresleitung einen jeden Reichskanzler, möge er sein, wer er wollte, unter ihre Fuchtel gebracht hätte.

Die einseitig nach militaristischer Gesichtspunkten orientierte, in der Sache und in der Form rücksichtslose Machtpolitik der Obersten Heeresleitung wird hier von dem damaligen höchsten Beamten des Reiches in einer Weise gekennzeichnet, wie sie präziser und schlagender kaum mehr möglich ist. Zu Bethmann Hollweg gesellt sich Rittmeister Graf Karl von Hertling, der Sohn des verstorbenen Reichskanzlers, der als Begleiter seines Vaters die Ereignisse des Jahres 1918 aus unmittelbarer Nähe miterlebt hat, und dessen Erinnerungen (unter dem Titel „Ein Jahr in der Reichskanzlei“ bei Serber in Freiburg erschienen) Anspruch auf unsere Beachtung haben. Graf Hertling bestätigt im vollen Umfang die Tatsache, daß die Oberste Heeresleitung mit rücksichtsloser Eigenmächtigkeit vorgegangen ist, daß ihre Haltung in der Frage des Friedensschlusses geradezu unfinnig gewesen ist, und daß ihre strategischen Berechnungen fehlerhaft und unzulänglich waren.

Man lese nur einmal auf Seite 183 — wir begnügen uns damit, diese eine markante Stelle herauszugreifen — die Schilderung der Art und Weise, wie Ludendorff mit dem Kaiser, seinem obersten Kriegsherrn, zu verkehren pflegte, und man wird den gigantischen Hochmut dieses unheilvollen Mannes richtig einschätzen können. Man lese aber ferner aufmerksam das ganze siebente Kapitel, das sich mit der Politik der Obersten Heeresleitung in Sachen des Friedensschlusses beschäftigt. Auch aus diesen Darlegungen geht bis zum Überdruß hervor, daß die Oberste Heeresleitung eine vernünftige, sachgemäße Friedenspolitik der Reichsleitung einfach unmöglich gemacht hat, und daß sie zum Entsetzen der verantwortlichen Staatsmänner, zum Entsetzen unseres ganzen Volkes erst dann die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen forderte, als sich der Gegner hinlänglich überzeugt hatte, daß unsere militärische Widerstandskraft gebrochen war. Auch dieses Verlangen wurde mit jener bekannnten Blödsichtigkeit und Schroffheit geäußert, die die Maßnahmen Ludendorffs von jeher auszeichnete.

Wenn die Oberste Heeresleitung nur einen Funken von politischer Vernunft besessen und sich nicht in Vorstellungen eines wahrhaftigen Optimismus förmlich verannt hätte, dann hätte sie sich selbst bei nur einiger Überlegung sagen müssen, daß es für den verantwortlichen Staatsmann einfach ausgeschlossen ist, um Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu eruchen, wenn die drohende militärische Katastrophe bereits auf den Fingernägeln brennt. Der Gegner ist doch nicht so dumm und so vernagelt, daß er solches nicht merken müßte, und er wird doch überhaupt nur dann auf ein Waffenstillstandsangebot eingehen wollen, wenn die Bedingungen des Waffenstillstandes die rückhaltlose Anerkennung seines Sieges enthalten und eine Fortsetzung der kriegerischen Handlung unmöglich machen. Die Oberste Heeresleitung hat gewartet und gewartet, eine Gelegenheit nach der anderen vorübergehen lassen, sich mit einer optimistischen Wahnvorstellung nach der anderen zu trösten gewohnt und so die Kräfte des edlen Kenners bis zum völligen Ermatten, bis zu einem Zustand annähernder Wehrlosigkeit ausgepumpt.

Daß die Oberste Heeresleitung dann, nachdem sie die Bitte um Waffenstillstand erzwungen hatte, die Lage

wieder in etwas rosigem Lichte sah, beweist nur die völlige Ziellosigkeit, die ihr Verhalten von der Mitte des Jahres 1918 an beherrschte. Daß damals weiterer Widerstand nutzlos gewesen und uns in eine militärische Katastrophe entsehlischer Art verwickelt hätte, das wird ja wohl heute kein Einsichtiger mehr bestreiten wollen. Eine Erörterung hierüber ist aber auch völlig belanglos, da die von der Obersten Heeresleitung erzwungene Bitte um Waffenstillstand der ganzen Welt die wahre Lage enthüllte, dem Feinde zeigte, daß wir am Ende unserer Kraft waren, und unseren eigenen Truppen den allerletzten Rest von Hoffnung raubten. Nach dieser Bitte um Waffenstillstand, die — wir müssen das immer wieder betonen — auf das Drängen der Obersten Heeresleitung hin ausgesprochen wurde, war jeder weitere Widerstand nicht nur ein Verdrehen an den Truppen selbst, sondern auch ein unternehmen, das uns den Feind tief ins Land hineingeführt hätte.

Erfreulicherweise verbreitet sich Rittmeister Graf Hertling auch über die strategischen Fragen des Feldzuges im Jahre 1918. Wir ersehen aus seinen Darlegungen von neuem, daß die Berechnungen, die Ludendorff seinen Kampfhandlungen zugrunde legte, nicht nur fehlerhaft, sondern völlig unzulänglich waren. Man hat sich verrechnet bezüglich der militärischen Leistungsfähigkeit Amerikas; man hat sich verrechnet in der Tankfrage, man hat sich verrechnet in der Einschätzung der militär. Reserven Frankreichs; man hat sich verrechnet bei der Anlage der großen Offensiv des 15. Juli; man hat sich verrechnet bezüglich der Lage an der italienischen Front; und man hat sich verrechnet bezüglich der Lage an der bulgarischen Front. Man lese einmal auf Seite 165 die acht schriftlichen Antworten, die Ludendorff auf acht präzise Fragen der Reichsleitung hin erteilt hat. Eine Strategie, die sich auf derartig leichtfertigen Annahmen aufbaute, mußte allerdings zum militärischen Zusammenbruch führen.

Was würde wohl geschehen sein, wenn ein simpler Kompagnieführer sich in so grauenhafter Weise verrechnet und mit dieser falschen Berechnung seine Kompagnie bzw. den größten Teil derselben verloren hätte? Man würde ihn vor ein Kriegsgericht gestellt haben. Und das von Rechts wegen! Auf keinen Fall aber hätte man ihm gestattet, in Berlin aufzutreten, dort das große Wort zu führen und sich als die gekränkte Leberwurft aufzuspielen. Ludendorff wäre mit einem solchen Hauptmann so umgesprungen, daß ihm jedenfalls Hören und Sehen für alle Zeit vergangen wäre. Unser Volk ist gutmütiger wie Ludendorff. Es hat nichts dagegen einzuwenden, wenn der geschlagene Feldherr, der sich einmal nach dem anderen verrechnet und damit unseren Untergang besiegelte, sich jetzt in der Rolle des Anklägers und Richters gefallen darf. Wir sind nicht nur ein unglückliches, wir sind auch ein haarsträubend geduldiges und gemüthliches Volk!

Zur Frage der Einwohnerwehr

Von Major Bauer, Führer der EW.

Die Einwohnerwehr Karlsruhe besteht nun 5 Monate. Ohne großes Aufsehen ist sie ins Leben gerufen worden. Durch die Werbe- und Aufklärungsarbeit einiger weniger, sich selbstlos in den Dienst der Sache stellender verschiedenen Berufskreise angehörender Männer ist sie langsam, aber stetig gewachsen. Noch immer wird der EW. — nicht nur in Karlsruhe, sondern ganz allgemein — mit Mißtrauen oder mit Gleichgültigkeit begegnet. Da aber eine solche auf freiwillige Mitarbeit aller Kreise angewiesene Organisation segensreich nur wirken kann, wenn sie allgemeines Vertrauen genießt, halte ich eine öffentliche Aufklärung über Zweck und Aufgabe der EW. für geboten.

Die EW. ist, wie es in dem „Entwurf von Richtlinien“ der Regierung heißt, eine örtliche freiwillige Vereinigung zum Schutze der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit an Leben und Eigentum und der verfassungsmäßigen Volksherrschaft gegen gewalttätige Angriffe. Sie tritt (neben Polizei, Sicherheitswehr und Militär) in Tätigkeit, wenn dies zur Erfüllung ihres

Zeichne mit 500 Mark bar
und 500 Mark Kriegsanleihe
1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

Zweck erforderlich wird, und zwar zufolge Aufrufs der Regierung.

Wenn ich mir immer wieder diesen ganz klar umschriebenen Zweck der EW vor Augen führe — im Falle von Unruhen für Ordnung und Sicherheit zu sorgen und die Regierung gegen gewaltsame Angriffe zu schützen — so meine ich, daß sich dieser Aufgabe kein rechtlich denkender Mann, ganz gleich, was Standes er ist und welcher Partei er angehört, verschließen kann, daß vielmehr jeder rechte Bürger sich ernstlich prüfen muß, ob er sich dieser Pflicht entziehen darf. Ich möchte dazu ausdrücklich bemerken, daß ich unter „Bürger“ im Gegensatz zum alten französischen Bourgeoisbegriff, das Wort im besten deutschen Sinne meine — in dem Sinne, daß der ein Bürger ist, der in seinem Gemeinwesen sich geborgen fühlen und für sein Gemeinwesen bürgen will. So verstanden, umfaßt der Begriff „Bürger“ alle rechten Männer bis weit nach rechts und nach links hinein.

Warum brauchen wir eine Einwohnervorkehr? Weil die Stärke des Heeres durch die Friedensbedingungen derart herabgesetzt, innerhalb der 50 Kilometerzone der Verbleib der Truppen überhaupt in Frage gestellt ist, daß reguläre Truppen zur Unterdrückung von Unruhen entweder gar nicht oder nur in geringem Umfange zur Verfügung stehen, daß also bei örtlichen Unruhen, mit denen nach Lage der Verhältnisse leider in absehbarer Zeit immer noch gerechnet werden muß, die EW eine absolute Notwendigkeit ist.

Ich möchte dazu bemerken, daß die Hauptgefahr nicht darin liegt, daß die Verhältnisse so schwierig sind, daß wir nicht zur Ruhe kommen können, sondern darin, daß es noch immer zu viele Menschen gibt, die gar nicht zur Ruhe kommen wollen. Und diese Menschen sind um so gefährlicher, weil sie sich für die wahren Verächter der „Freiheit“ halten. Mit dem Wort „Freiheit“ ist zu allen Zeiten furchtbar viel Unfug getrieben worden — die es am meisten im Munde führen, verleben unter der Freiheit, die sie meinen, die brutale Herrschaft über die, die eine andere Meinung haben. Sie möchte ich auf Raffale hinweisen, der sagt: „Freiheit ohne Gemeinwohl ist Willkür“ und an einer anderen Stelle schreibt: „Nicht die Rechte des Einzelnen, sondern die Pflichten sind das auf die Dauer die Massen vereinigende und bindende Element.“

Ich habe in diesen letzten Monaten, da ich in zahllosen Versammlungen Einblick gewonnen habe in die Stimmung aller Berufsstände und Bevölkerungsschichten, mit erschreckender Klarheit erkannt, wie gering das Gemeinschaftsgefühl ist, habe es tief schmerzlich empfunden, in welcher geradezu erstickender Atmosphäre des Mißtrauens und Mißverständnisses wir untereinander, oder richtiger gesagt, nebeneinander herleben. Von welcher segensreicher Wirkung könnte da die EW, weit über den engeren Rahmen der ihr gestellten Aufgabe hinaus, wenn Männer aus den verschiedensten Ständen und von verschiedenster politischer Richtung, im Dienste des Gemeinwohls sich zusammenfinden, wieder einer im anderen den Menschen kennen und achten lernen. Ich gehöre nicht zu denen, die an dem alten System alles schlecht finden — aber das ist doch zweifellos, daß ohne das Zusammenfinden die Erbitterung zwischen den einzelnen Ständen nie so erschreckend groß hätte werden können — daß aber andererseits seit der Revolution diese Klüfte noch erweitert wurde, weil gewissenlose Feinde Fremdenheit und Unkenntnis dazu mißbraucht haben, den Anfeindungen und die Feindschaft weiter zu schüren.

Den Boden mitarbeiten zu helfen, auf dem wir uns alle wieder zu einem rechten Gemeinschaftsgefühl zusammenfinden, darin sehe ich eine der vornehmsten Aufgaben der EW. Wenn erst die Zeit des „großen Friedens“ beginnt und sich dazu auch infolge vergrößerter Verkehrsverbindungen vielleicht der Hunger gesellt — dann kann es allein schon in moralischer Hinsicht von größter Bedeutung werden, wenn in einer Stadt wie Karlsruhe Tausende von Männern zusammenstehen, entschlossen, die begründete Mißstimmung sich nicht zu Gewalttaten auszuwachen zu lassen, — den andern harmlos, daß durch solche Gewalttaten auch kein Kilo Stoff, kein Pfund Brot mehr geschaffen, sondern das Unglück nur noch vergrößert wird. Ein schwedischer Nationalökonom, der kürzlich durch Deutschland gereist ist, hat unser Vaterland ein großes Armenhaus genannt. Ich meine, daß trotz allem noch immer ein großes Kapital an gesunder Lebenskraft und wirtschaftlicher Tüchtigkeit im deutschen Volke vorhanden ist. Dieses Kapital durch die möglicherweise noch kommenden Stürme hindurch zu retten, ist die Aufgabe, in der die einzige Rettung unserer Zukunft liegt, und an der deshalb alle politischen Parteien mitarbeiten müssen. Dazu gehört aber als erste innere Voraussetzung die Wiederherstellung geordneter Zustände im Innern des Reiches.

Immer wieder hörte ich bei meiner Werbetätigkeit für die Wehr den Einwand, „wir wollen nicht mehr kämpfen, wir haben genug davon“. Ich verstehe diese Abneigung bei jedem, der draußen im Felde gewesen, bei jedem, der mit Verkrüppelten oder sicchem Körper kämpfte, ich verstehe diese Abneigung bei allen, die diesen Krieg nicht nur miterlebt, sondern die Not dieses Krieges miterlitten haben. Aber gerade weil ich diese Abneigung voll verstehe, gerade deshalb meine ich, müssen wir eine Organisation schaffen, die, in sich stark und gefestigt, einen neuen Kampf, noch dazu den härtesten und schwersten Kampf, den Bürgerkrieg, von vornherein unmöglich macht. Ich sehe also in der EW, vor allem eine prophylaktische Einrichtung.

Viele stehen der EW mißtrauisch gegenüber, weil sie in ihr ein Wiederaufleben des „alten Militarismus“ wittern. Ich will auf den Wert oder den Unwert dieses so viel gebrauchten Schlagwortes nicht eingehen. Ich selbst sehe, wie das auch schon aus den verschiedensten Ausführungen hervorgeht, die Bedeutung der EW durchaus nicht in erster Linie in ihrem militärischen Wert. Aber ich würde es freudig begrüßen, wenn in der EW nicht das alte militärische System wieder zum Leben erweckt, aber etwas von dem ursprünglichen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht wieder lebendig würde, dessen große tiefe Bedeutung ich auch heute noch darin erblicke, nicht ein neues Heer für einen neuen Krieg zu schaffen, sondern die große, allgemeine volkserzieherische Aufgabe zu lösen: die Erziehung zur Disziplin, d. h. die Unterordnung der Person unter das Wohl des großen Ganzen, die Erziehung zu redlichem Klimateil, das in dem davon Bezeigten Verständnis weckt für die berechtigten Forderungen anderer, ihn aber auch stark macht gegen unbedingte Forderungen und vor allem die Erziehung zur selbstlosen Arbeit im Dienste der Gemeinschaft. Demen, die meinen, daß in der EW, wieder die alte militärische Wachstube aufleben solle, rufe ich zu: nein, eher dafür wollen wir sorgen, daß nicht aus dieser alten Wachstube jetzt ein Tollhaus wird.

Viele wollen der EW nicht beitreten, weil sie „diese“ Regierung nicht stützen wollen. Wenn ich mich gegen diese Einwendung wende, so will ich mich dabei nicht in parteipolitische Erörterungen einlassen, es ist auch nicht meines Amtes — ich bin als Führer der EW, ehrenamtlich im Dienste des Gemeinwohles tätig — mich für die Regierung verbend einzusehen, aber ich meine, die Verpflichtung, die Regierung gegen gewaltsame Angriffe zu schützen, kann jeder rechtlich denkende Mann, ganz unabhängig seiner politischen Parteizugehörigkeit übernehmen — er muß sie auch übernehmen, wenn er auf der anderen Seite verlangt, daß die Regierung für ihn, im Falle er bei Durchführung der Aufgabe, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, Schaden erleidet, eintreten soll. Der Kampf der

Geister mag weitergehen, jede Partei mag ihn nach ihrer Art ansprechen — gegen keine Partei als solche soll die EW verwendet werden — aber alle Ruhestörer, die mit Handgranaten und sonstigen Waffen den Kampf gegen die Regierung auf der Straße führen, die in gewalttätiger Absicht den Boden bereiten wollen, auf dem ihre Weizen blühen soll, sollen wissen, daß hier eine Organisation geschaffen ist, die solche Missetaten unter keinen Umständen duldet.

Aber wie kommt der einzelne zur Regierung sich stellen mag, keiner wird ehrlicher Weise die Schwierigkeiten vertennen, unter denen in der gegenwärtigen Zeit, da unser Volk von außen so schmachvoll gedrückt, im Innern so furchtbar gerissen ist, jede Regierung zu arbeiten hat. Unsere Lage ist furchtbar ernst — vor uns liegt der Winter mit der drohenden Brennstoff- und Verkehrsnot und der damit verbundenen Gefahr der Lebensmittelknappheit und der Arbeitslosigkeit. Vor uns liegt die endliche Erfüllung der Friedensbedingungen, deren Durchführung uns materiell und vor allem auch seelisch noch in einem Maße belassen wird, von dem heute so viel unter uns sich wohl noch keine klare Vorstellung zu machen vermögen.

Ja, furchtbar ernst ist unsere Lage und wird noch lange so bleiben — und dabei scheint aller Ernst aus unserem Volke gewichen zu sein.

Wie soll es besser werden? Besser kann es nur werden, wenn wir alle, Regierung, Parteien und jeder einzelne den Mut finden, mit heiligem Ernste der Gefahr offen ins Auge zu sehen.

Nicht rückwärts, dürfen wir schauen, wenn es mit uns vorwärts gehen soll — auch wer nur nach rechts oder links sich orientiert, wird den geraden Weg nicht finden — geradeaus müssen wir blicken, vorwärts müssen wir schauen, um aufwärts zu schreiten.

Gegensätze wirtschaftlicher und geistiger Art werden immer bestehen — sie mögen im Kampf der Parteien ausgefochten werden. Aber wenn sie unser Volk nicht immer weiter zerklüften und seine Gesundung unmöglich machen sollen, müssen über solche Gegensätze hinweg alle Berufsstände und Volksschichten ihrer Gemeinhart sich wieder bemühen werden, und dafür den rechten Boden mitbereiten zu helfen — darin möchte ich die schönste Aufgabe der EW, sehen.

Politische Neuigkeiten.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung widmete Präsident Fehrenbach den verstorbenen Mitgliedern Haase und Gröber folgenden Nachruf.

Präsident Fehrenbach (Die Minister und die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen): Die Nationalversammlung hat zwei schwere Verluste zu beklagen. Der Abg. Haase hat sich durch seine Stellung in der Partei, durch seine Arbeitskraft und seine Koridalität sowie durch seine Uneigennützigkeit bei der Vertretung der Rechte ein dauerndes Ansehen gesichert. Infolge eines Schlaganfalls ist gestern unser Kollege Gröber verstorben. Er gehörte ein volles Menschenleben dem Reichstage an. Seit dem Jahre 1887 und nachher der Nationalversammlung. Er war gleichzeitig seit dem Jahre 1889 Mitglied der württembergischen Zweiten Kammer. In den letzten Jahren bekleidete er das Amt eines ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion. Er war unstrittig einer der arbeitsfreudigsten Mitglieder des Reichstages, aus dessen Feder ausgezeichnete Berichte über alle wichtigsten Gesetzgebungsarbeiten stammten. Er galt als der beste Kenner der parlamentarischen Geschäftsordnung und war ein wirkungsvoller Redner für die Rechte und Wohlfahrt des Volkes, wie auch für die Rechte der Volksvertretung, ein selbstloser Charakter. Seine Worte hatten volle Wirksamkeit weit über den Kreis seiner eigenen Fraktion hinaus. Er starb bei seinem ersten Ausgange nach einem schweren Unfall im Reichstagsbüro in den Armen des Bureaudirektors, als er sich nach unseren neuen Aufgaben erkundigte. Sie haben sich zum ehrenden Anbenken der beiden Heimgegangenen soeben von Ihren Plätzen erhoben. Ich stelle dies fest und danke Ihnen.

Nach dem Berichte des Ausschusses für Petitionen über die Bewilligung des Armenrechtes werden diese nach kurzer Aussprache erledigt.

Der mündliche Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über die Positionen zum Reichshaushaltsplan für 1919 wird ebenfalls erledigt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Anfragen, Wahlprüfungen usw. Schluß 3 1/2 Uhr.

Die Heimischung der deutschen Kriegsgefangenen.

Im Schweizer Nationalrat begründete Michelli-Genf seinen Antrag betreffend die Heimischung der deutschen Kriegsgefangenen. Bundespräsident Ador erwiderte, der Bundesrat sei von dem guten Willen der in Frage stehenden Staaten überzeugt. Es seien aber noch große Schwierigkeiten zu überwinden, besonders für die Transporte aus weit entlegenen Gebieten wie Skandinavien. Die Aussichten auf die Durchführung der Heimischung seien aber vorhanden.

Die Schweiz und Voralbera.

Aus Bern berichtet das B. L. V.: 101 Mitglieder der Bundesversammlung richteten an den Bundesrat eine Eingabe, in der sie der Meinung Ausdruck geben, daß die letzten politischen und wirtschaftlichen Vorgänge in Voralbera schweizerische Interessen berühren, die nicht ohne Schutz gelassen werden dürfen. Das Voralbergische Volk schein in der Ausübung seiner Selbstbestimmung behindert werden zu sollen. Es erhebe sich die Frage, ob nicht die Schweiz auf Grund des Völkerrechtes des Voralbergischen Volkes vom 9. August 1919 als Fürsprecher die Angelegenheit vor den Völkerbund bringen solle. Die Angelegenheit sei um so ernster, als von dritter Seite Bemühungen eingeleitet hätten, Voralbera wirtschaftlich und politisch in den Machtbereich eines Großstaates zu ziehen, dem das Voralbergische Volk gemäß seiner Abstammung vom Mai 1919 und gemäß seines Völkerrechtes vom August 1919 nicht anzugehören wünsche. (Diese Ansicht ist offenbar ein Trugschluß. Es ist niemals darüber abgestimmt worden, ob das Voralberger Volk der Schweiz oder Deutschland angehören solle. Die Frage bei der Abstimmung lautete lediglich, ob Verhandlungen über einen Anschluß an die Schweiz eingeleitet werden sollten und erfolgten nur den Zweck, Klarheit über die etwaigen Bedingungen zu schaffen. Nach allem, was von schweizerischer Seite über die mutmaßlichen Bedingungen verhandelt wurde, würde eine definitive Abstimmung ein wesentlich anderes Resultat haben. Neb.) Man brauche nicht sofort an die Aufgabe der Gründung eines neuen Kantons zu denken, aber eine sichere und politische Anlehnung an die Schweiz sei vor allem notwendig.

Amerika und der Friedensvertrag.

Aus Washington meldet das B. L. V. vom 20. November: Am späten Abend hat der Senat gestern nochmals über den Antrag Lodge, der dieselben Vorbehalte enthält wie früher, abgestimmt und denselben mit 61 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls hat der Senat mit 63 gegen 35 Stimmen einen Antrag zugunsten der Ratifizierung des Friedensvertrages ohne Vorbehalte abgelehnt.

Sobald wurde der Friedensvertrag beiseite gelegt und Lodge brachte einen Antrag ein, in dem der Krieg mit Deutschland für beendet erklärt wird. Dieser Antrag wurde an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verwiesen. Dann vertagte sich der Senat auf unbestimmte Zeit. Der Antrag, in dem der Krieg mit Deutschland für beendet erklärt wird, wird zu Beginn der nächsten Session behandelt werden. Man erwartet, daß sich darüber nochmals ein heftiger Kampf entwickeln wird. Wie verlautet, ist die Regierung gegen eine derartige Methode der Beendigung des Krieges.

Nach Kabelberichten, die der „Vossischen Zeitung“ zur Verfügung gestellt wurden, hat Präsident Wilson in Erkenntnis der Tatsache, daß der Friedensvertrag ohne die schmerzhaften Vorbehalte der Opposition keine Aussicht auf Annahme durch den Senat hat, den Vertrag zurückgezogen.

Nach der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ sollen, lt. „B. Br.“, die amerikanischen Truppen am Rhein zurückgezogen werden und nach den Vereinigten Staaten zurückkehren, sobald Wilson den Friedensvertrag zurückzieht.

Kleine Nachrichten.

* Die Berliner Besprechung der Finanzminister der Einzelstaaten, die sich auf die gesamten finanziellen Fragen zwischen Reich und Einzelstaaten bezog, begann am Samstag noch nicht zum Abschluß und werden am Samstag fortgesetzt. In der Hauptsache sind bisher laut „Deutscher Allg. Ztg.“, das Landesbesteuerungs-gesetz und die Reichseinkommensteuer besprochen worden.

* Sicherung der Broterzeugung bis Mitte Februar. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge, dürfte schon in aller Kürze eine entscheidende Sitzung stattfinden, in der eine Änderung der bisherigen Zuckerbewirtschaftung festgesetzt werden wird. Wenn überhaupt an eine neue Bewirtschaftung des Zuckers gedacht wird, so kann das nur in beschränktem Maße der Fall sein. Man wird sich nicht dazu entschließen können, von einer Zwangsbeziehung des für die Haushaltungen rationierten Zuckers Abstand zu nehmen. In der Brotgetreidebewirtschaftung dürfte eine Änderung jetzt nicht erfolgen. Gefahren für die Broterzeugung bestehen nach der an maßgebender Stelle herrschenden Auffassung nicht. Die Reichsgetreidekasse ist bereits jetzt soweit eingedeckt, daß die Broterzeugung bis Mitte Februar gesichert ist.

* Die Abreise Hindenburgs von Berlin. Gestern vormittag 8 Uhr ist General-Feldmarschall von Hindenburg von Berlin abgereist. Der Bahnhof war von der Sicherheitswehr abgesperrt. Am Bahnhof hatte eine Kompanie der Reichswehr mit russischer Auffstellung genommen. Der General-Feldmarschall schritt die Front ab und begrüßte die erschienenen Offiziere. Vom Publikum wurde er mit lebhaften Zurufen empfangen. Wie die Vossische-parlamentarischen Nachrichten erfahren, war die zur gestrigen Abreise Hindenburgs erschienene Ehrenkompagnie von der Reichswehr gestellt. Der Reichswehrminister hatte seine Einwilligung erteilt. Unter den anwesenden Offizieren befanden sich General Rittwitt und als Vertreter des Reichswehrministeriums Oberst Reinhardt.

* Abg. Gröber †. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung, Abg. Gröber, ist am Mittwoch mit 12 Uhr während eines Gesprächs mit Geheimrat Jungheim von einem Schlaganfall erkrast worden und verstarb. Reichspräsident Ebert hat an den Generalsekretär der Zentrumsfraktion das nachstehende Telegramm gerichtet: „Tief erschüttert höre ich von dem plötzlichen Hinscheiden des Führers ihrer Fraktion. Mit ihm verliert die Zentrumsfraktion, die Nationalversammlung und das deutsche Volk einen der verdienstvollsten Parlamentarier, der durch viele Jahrzehnte im selbstloser Hingabe für die gemeinsame Sache des Vaterlandes gewirkt hat. Ich spreche der Fraktion und der Partei des Zentrums mein aufrichtiges und tiefes Beileid zu diesem schweren Verluste aus.“

* Die Unterwerfung Awaloff-Bernonbts. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ hört, ist die Unterwerfung Awaloff-Bernonbts unter den Befehl des Generals von Eberhardt unter gleichzeitiger Verständigung der Verbandskommission erfolgt. Die Durchführung der Übernahme des Befehls über das Detachement Awaloff-Bernonbts geschieht ebenfalls im Einverständnis mit der Verbandskommission und dem deutschen General Goppmann, der zurzeit die Verbindung aufrecht erhält.

* Die russischen Kämpfe. Eine Gruppe der galizischen Armee in Stärke von ungefähr 20 000 Mann, die den linken Flügel Belzuras bildet, ist zu folgenden Bedingungen zur Armee Denikins übergegangen: 1. Erhebung der galizischen Offiziere durch russische Offiziere, 2. Verlegung der Regierung an einen anderen Frontabschnitt der freiwilligen Armee. Dieser Zukunftsentschluß gewährleistet die Befreiung der Gegend von Kirviba-Kafarin.

* Das neue italienische Parlament. Laut „Epoca“ umfaßt die neue italienische Kammer 138 Sozialisten, 81 Radikalen und 289 Deputierte der Mittelpartei.

* Die Washingtoner Konferenz. Unter der Überschrift „Washington ohne deutsche Vertretung“ wird im „Vorwärts“ gesagt: Die Washingtoner Konferenz hat das gleiche Schicksal gehabt wie das Hornberger Schicksal. Ohne das in sozialpolitischen Fragen erste Land der Welt, als das Deutschland allgemein gilt, mußte diese Konferenz ein Fehlunternehmen sein. Daß Deutschland nicht daran teilnehmen konnte, liegt auch schließlich bei den alliierten Mächten, denen alle Hindernisse zuzuschreiben sind, die Deutschland von der Teilnahme an dieser ersten großen Arbeitskonferenz ferngehalten haben.

* Verkehrs- und Betriebsbeschränkungen in Amerika. Wie nach einer B. L. V. Meldung aus Chicago verlautet, wird beabsichtigt, den Personenverkehr um 40 Prozent zu vermindern und alle unumverfügbaren Industrien stillzulegen. Durch diese Maßnahmen würden 15 Millionen Menschen arbeitslos werden.

Badische Webersicht.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 21. Nov. 1919.

Der Bad. Landtag wählt heute durch Zufall einstimmig den Abg. F. H. (Dem.) zu seinem 2. Vizepräsidenten. Neben ihm befehlt man sich mit der förmlichen Annahme der Sozialdemokratie über die Sozialdemokratie.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 6. November d. J. beschlossen, den Registrator Wilhelm Hügel beim Ministerium des Kultus und Unterrichts und den Verwaltungsfreier Wilhelm Seibert bei der Baugewerkschule mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab in ihrer Amisstelle zu bestätigen.

Das Staatsministerium hat unterm 6. November d. J. den Brauereidirektor Karl Moninger seinem Antrag entsprechend seines Amtes als Handelsrichter bei den Kammern für Handelsachen am Landgericht Karlsruhe enthoben.

Das Staatsministerium hat unterm 12. November d. J. den Bezirksarzt Dr. Otto Kaufmann in St. Blasien zum Regionalreferenten beim Ministerium des Innern und zum Kreisoberbeobachter für die Kreise Karlsruhe, Baden und Offenburg ernannt.

Das Staatsministerium hat den Obergeometer Karl Huber in Eberbach wegen vorgerückten Alters auf 1. Dezember d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Justizministerium hat unterm 10. Oktober d. J. die Justizkassiere Georg Knauer beim Amtsgericht Heidelberg, Ludwig Schwaiger beim Amtsgericht Mannheim, Heinrich Bihl beim Amtsgericht Donaueschingen, Albert Stürzer beim Rotariat Engen, Maximilian Gasser bei der Staatsanwaltschaft Offenburg, Paul Göttsch beim Amtsgericht Karlsruhe, Albert Au in der Registratur des Justizministeriums, Albert Bihl beim Amtsgericht Eppingen, Karl Riegelberger bei der Staatsanwaltschaft Konstanz, Peter Bär beim Rotariat Mannheim I-IV, Eber Biegler beim Amtsgericht Oberkirch, Julius Köppler beim Amtsgericht Freiburg und Karl Ebert beim Amtsgericht Gengenbach zu Justizsekretären ernannt.

Vom Justizministerium ist unterm 16. Oktober d. J. Bär-

gemessler a. D. Eduard Haulst aus Forzheim als Rechtsanwalt beim Landgericht Konstanz mit dem Wohnsitz in Konstanz zugelassen worden.

Der Obang. Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des Generalsynodalausschusses den von der Kirchengemeinde Obrißheim gewählten Pfarrer Hermann Fichtl in Gaißberg zum Pfarrer in Obrißheim ernannt.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik
 Karlsruhe, Kaiserstraße 128 zwischen Wald- und Karlstrasse
Wandbilderschmuck
 - Inh. W. Bartsch - Bildereinrahmungen

Leciferrin - Tabletten für **Blutarme, Bleichsüchtige, Geschwächte, Rekonvaleszenten.** Preis M. 3.— in Apotheken

Ämtliche Bekanntmachungen
Verkehr über die Rheinbrücke bei Magau betr.

Die Eisenbahndirektion Ludwigshafen a. Rh. gibt folgendes bekannt:

Mit sofortiger Wirkung wird bis auf weiteres die Schifffahrt zwischen Magau-Maximiliansau zur Vorbereitung von Baggerarbeiten für den Eisenbahn- und öffentlichen Straßenverkehr zu nachstehenden Zeiten geschlossen gehalten:

M.F.Z.	
1. von 6 ⁵⁵ vormittags bis 7 ¹⁵ vormittags	
2. " 8 ⁰⁰ " " 8 ³⁰ "	
3. " 10 ⁰⁰ " " 11 ⁰⁰ "	
4. " 12 ⁰⁰ nachmittags " 1 ⁰⁰ nachmittags	
5. " 3 ¹⁵ " " 3 ⁴⁵ "	
6. " 5 ¹⁵ " " 5 ⁴⁵ "	
7. " 5 ¹⁵ " " 6 ⁰⁰ vormittags	
W.F.Z.	
1. von 5 ⁴⁵ vormittags bis 6 ¹⁵ vormittags	
2. " 7 ⁰⁰ " " 8 ³⁰ "	3. Tag.
3. " 9 ⁰⁰ " " 10 ⁰⁰ "	
4. " 11 ⁰⁰ " " 12 ⁰⁰ nachmittags	
5. " 12 ⁰⁰ nachmittags " 2 ⁰⁰ "	
6. " 2 ⁴⁵ " " 4 ¹⁵ "	
7. " 4 ⁴⁵ " " 5 ⁰⁰ vormittags	

Die Brücke kann schon in diesen Zeitabschnitten von Personen und Fußwerkzeugen benutzt werden.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß innerhalb der Zeiten, die sich nach vorstehender Tabelle für die Durchfahrt der Schiffe ergeben, auch das Öffnen und Schließen der Brücke, welches jeweils 10-15 Minuten beansprucht, erfolgen muß.

Karlsruhe, den 18. November 1919.
 Bezirksamt II. D. 3.305

Tagesordnung
 zu der am
 Dienstag, den 25. November 1919, vormittags 9 Uhr, im Bezirksratsaal stattfindenden
Bezirksratsitzung.

I. Öffentliche Sitzung.
 Verwaltungssachen.

- Gesuch des Hugo Franz Bauer hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum Storch“ in dem Hause Rheinstr. 15 dahier.
- Gesuch der Frau Frieda Seifermann geb. Arnold um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zur Lessinghalle“ Lessingstr. 52 hier.
- Gesuch des Reggers Karl Wilhelm Ermel in Knielingen um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum Anker“ in Magau.
- Gesuch der Gustav Daubenberg geb. Elise geb. Kuhnmaul in Knielingen um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum Kaiser Friedrich“ in Knielingen.

II. Nichtöffentliche Sitzung.

- Die Ernennung von Stellvertretern des I. Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.
- Festsetzung von Unterstützungen für Familien in den Dienst getretener Mannschaften.

Karlsruhe, den 18. November 1919.
 Bezirksamt. D. 3.307

Die Forstabteilung des bad. Finanzministeriums verkauft freihändig aus nachstehenden Staatswaldungen den 1920er Anfall an Kiefern, Schmelzen, Kiefern, Eichen- und Eichengehölz. Schriftliche Angebote je 500 bzw. 1000 in ganzen und gehäutet Mark sind getrennt nach Forstbezirken und Sortimenten — mit der Aufschrift „Angebot auf Kiefernholz“ bis Samstag, den 6. Dezember d. J., nachmittags 2 Uhr, bei obiger Abteilung einzureichen. Von dem Ergebnis des Verkaufs werden die Bieter f. Zt. benachrichtigt werden.

Aus Forstbezirk	Kiefern				Eichen- gehölz (Eiche u. Ahorn)
	Schmelzen- holz	Ahoren- holz	Eichen- holz	Andere- holz	
Rehfeld	30				50
Kantern					150
Oberweiler					200
Sulzburg					50
Ritzgarten					200
Schopshelm	30				200
Hollbach					1000
Emmendingen					600
Ettlingen					600
Rehfeld					100
Mittelberg in Eppingen					500
Graben in Bruchsal		400			150
Bruchsal	2150		7250		
Philippshausen	1000				
Schweigen	2500		2400		
Oberheim					450
Heidelberg (staatl.)		4040	580		250
Schnau in Neckargemünd		200	960		180
Neckarhambach					270
Neckarhambach (Post-Unterwarbach)	160	320	160		300

Die Ster- und Festmeterzahlen sind unverbindlich.
 Karlsruhe, den 19. November 1919.

Für die Befreiung unserer Kriegsgefangenen!

Trotz der Ratifikation des Friedensvertrages halten die Franzosen unsere Kriegs-Gefangenen nach wie vor in schmählicher Sklaverei zurück. Nach zahlreichen Berichten sind die Unglücklichen immer noch menschenunwürdiger, gesundheitszerstörender und grausamer Behandlung ausgesetzt.

Als deutsche Männer und Frauen können und wollen wir dieses schmach- und qualvolle Leiden von Hunderttausenden unserer Volksgenossen und ihrer Angehörigen nicht länger stillschweigend erdulden, sondern einmütig immer wieder in alle Welt den Ruf erschallen lassen:

Heraus nun endlich mit unseren Kriegsgefangenen Gatten, Söhnen, Brüdern!

Vom 22. ds. Mts. an werden in allen Lebensmittelgeschäften, Bäckereien und Polizeiwachen Listen zur Unterzeichnung von Vorstellungen an die Reichsregierung und die deutsche Nationalversammlung offenliegen.

Mitbürger und Mitbürgerinnen von Karlsruhe und Umgebung! Tragt alle eure Namen als bald in diese Listen ein! Zeigt damit den armen Gefangenen, daß sie eurer Teilnahme und Fürsorge für sie gewiß sein dürfen, beweist damit aber auch den maßgebenden Stellen in Deutschland und Frankreich, daß es für sie nun keine heiligere und dringendere Pflicht gibt, als

die Befreiung unserer Kriegs-Gefangenen!

Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.
Der Bad. Landesverein vom Roten Kreuz.
Der Nationale Frauendienst
Abteilung für Gefangenenfürsorge und Vermißtennachweis des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz.

Badisches Landestheater
 Samstag, den 22. November 1919. Anfang 8¹⁵ Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
 (Für das allgemeine Publikum Mittel-Preise)

Donnerstag, 27. Nov., abends 7.30 Uhr, Eintrachtsaal
Einziger lustiger Abend
 des rühmlichst bekannten Berliner Humoristen und Vortragskünstlers

Senff-Georgi
 Das kunterbunte lustige Schlager-Programm:
„Humoristischer Wirrwarr“.
 Berlin. Vossische Zeitung: „Bei Marcell Salzer lacht man aus vollem Halse. Das genügt bei Senff-Georgi nicht mehr: da mußst du schreiben. Alles wuppt und wippt in diesen Vorträgen, die Senff-Mischung bringt alles ins Wanken“.
 Karten: 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.50 M. u. Steuer Hofmusikalienhandlung Kaiserstr. 159, (Tel. 638).
Fr. Doert,

Heiratsgesuch. Jg. strebf. Regner, 24 Jahre alt, fath. u. Vermittl. Ersch. wünscht gleich spät. Weib. m. gebild. hübsch. fcl. in Verbddg. zu tret. da ich bald e. Gesch. Regerei od. Weibsch. m. Regg. geänd. möchte. Vermög. erw. Off. m. Bild u. J. 222 an d. Karlsru. Ztg. erbeten.

Tapeten
Reichhaltige Auswahl.
H. DURAND
 Douglasstraße 26, Telefon 2435. Bei der Hauptpost. Übernahme von Tapezierarbeit. Musterkollektion steht zu Diensten.

Silberne und goldene Dosen usw.
Alte Porzellane, Gruppen, Figuren, Tassen
Schöne Bronze-Uhren und Sonnenuhren
Schmuck, Teppiche, Gobelins, Möbel, Bilder
Englische, deutsche und franz. Kupferstiche
 sowie sonstige Altertümer jeder Art
 haufen zu bekannt vorteil. Preisen
Antiquar Sasse Kaiserstr. 232
 Telefon 1154

Bürgerliche Rechtspflege.
 a. Streitige Gerichtsbarkeit.
 0.966.2 Karlsruhe.
 Die Firma Jakob Faube Sohn, Inhaberin Frau Jakob Faube Witwe in Knielingen, Prozeßvollmächtigter Rechtsanwalt Dr. J. Weill in Karlsruhe, klagt gegen die ledige Elise Schmidt, früher zu Karlsruhe-Mühlburg, jetzt an unbekanntem Orten, aus unerlaubter Handlung vom Jahr 1919, mit dem Antrage auf gegen Sicherheitsleistung — vorläufig vollstreckbare Verurteilung der Beklagten zur Zahlung von 7000 M. nebst 4% Zins hieraus vom Klagestellungs-tage an und zur Tragung der Kosten des Rechtsstreits einschließlich derjenigen des vorangegangenen Arrestverfahrens. Die Klägerin ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die IV. Zivilkammer des badischen Landgerichts in Karlsruhe auf Mittwoch, den 21. Januar 1920, vorm. 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
 Karlsruhe, 11. Nov. 1919.
 Der Gerichtsschreiber des Landgerichts 3. R. IV.
Zahlungsstelle.
 R. 15.2 Mannheim.
 Auf Antrag der Frau Hermine Reichenberg Witwe in Hildesheim, Mutterborn 10, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Berg in Hildesheim, wird der Erbengemeinschaft Mannheim verfahren, an den Inhaber

des nachbezeichneten Wertpapiers eine Leistung zu bewirken, insbesondere neue Zins-, Renten- oder Gewinnanteilscheine oder einen Erneuerungsschein auszugeben: 3000 M., 4% Mannheimer Stadlanleihe von 1912 Buchstabe B Nr. 1703 = 1/2000, Buchstabe C Nr. 2893 = 1/1000, Mannheim, 11. Nov. 1919.
 Amtsgericht 3. 9.

R. 35. Forzheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Fanny Gänge, Ehefrau des Bahnhofwirts Karl Gänge in Forzheim-Brötzingen, ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf:
 Donnerstag, den 18. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr, vor das Amtsgericht Forzheim, II. Stad. Zimmer Nr. 13.
 Die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters wurden vom Gericht auf 494 M. festgesetzt.
 Forzheim, 19. Nov. 1919.
 Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A III.

R. 34. Forzheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Wirts Karl Gänge in Forzheim-Brötzingen ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf:
 Donnerstag, den 18. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr, vor das Amtsgericht Forzheim, II. Stad. Zimmer Nr. 13.
 Die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters wurden vom Gericht auf 494 M. festgesetzt.
 Forzheim, 19. Nov. 1919.
 Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A III.

R. 33. Heidelberg. Anstelle des Rechtsanwalts Ludwig Starg hier wurde der Rechtsanwalt Ludwig Haer hier zum Nachaherwalter über den Nachlaß der ledigen Josefine Feitel hier bestellt.
 Heidelberg, 17. Nov. 1919.
 Notariat I als Nachahergericht.

Verf. Bekanntmachungen
Bekanntmachung.
 Bei diesseitiger Stadterhaltung ist die Stelle eines **Schuhmanns** als bald zu besetzen.
 Berücksichtigung können nur solche Bewerber finden, die beim Militär gedient haben oder Kriegsteilnehmer sind.
 Selbstgeschriebene Bewerbungen sind mit Angabe der Gehaltsansprüche und unter Anschluß der Militärpapiere und Zeugnisse hierher einzureichen.
 Heidelberg, 17. Nov. 1919.
Der Gemeinderat:
 Dr. G m e r t h.

Die Liquidatoren der aufgelösten Forzheimer Bach- und Schließgesellschaft m. b. H. Forzheim fordern die Gläubiger auf, sich bei der Gesellschaft zu melden.
 D. 934.3 Forzheim, 15. Nov. 1919.
 Forzheimer Bach- und Schließgesellschaft m. b. H. Hermann Schmidt August Hock.